



XVI. Horst Mahler Tasche

1964 Mahler tritt im Thyssen-Bank-Prozeß als Verteidiger auf

1966 Mahler schafft es, als erster deutscher Anwalt eine Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg durchzubringen; Mitbegründer des ersten "Sozialistischen Anwaltskollektivs"

1967 Mahler vertritt die Kommunarden Fritz Teufel, Rainer Langhans, Beate Klarsfeld, Peter Brandt (geb. 1948), den Sohn des damaligen Bundeskanzlers, die wegen der Anstiftung zu einem Brandanschlag angeklagt sind.

1968 12. April: Teilnahme an der spontanen Demonstration gegen den Springer-Verlag im Anschluss an das Attentat auf Rudi Dutschke; daraufhin versucht die Staatsanwaltschaft, ein Berufsverbot gegen Mahler durchzusetzen.

1969 In der Bundesrepublik erscheint die erste Langspielplatte "Chausseestraße 131" von Wolf Biermann. Das dafür verliehene Preisgeld des Fontane-Preises der Stadt West-Berlin spendet Biermann dem APO-Anwalt Mahler; Mahler verteidigt die Frankfurter Kaufhausbrandstifter Andreas Baader und Gudrun Ensslin

1970 März: Die Vierte Große Strafkammer des Westberliner Landgerichts verurteilt Mahler im Zusammenhang mit den Unruhen vor dem Springer Haus zu zehn Monaten Gefängnis mit Bewährung. Juni: Der Neunte Zivilsenat verurteilt Mahler zur Zahlung eines Schadensersatzes in Höhe von rund 75.800 DM an das Verlagshaus Axel Springer. Juni: Mahler geht zusammen mit Meinhof, Ensslin und Baader sowie weiteren Sympathisanten der Rote-Armee-Fraktion (RAF) nach Jordanien zu den palästinensischen Guerillas; 8. Oktober: Aufgrund eines anonymen Hinweises wird Mahler in Berlin verhaftet. Er wird beschuldigt, die gewaltsame Befreiung von Andreas Baader mitgeplant zu haben und daran beteiligt gewesen zu sein

1971 März: Otto Schily vertritt Mahler vor Gericht. Schily lehnt das Schwurgericht wegen Befangenheit ab und beantragt, das Verfahren einzustellen

1972 Mai: Mahler wird aus Mangel an Beweisen von dem Vorwurf der Planung und Beteiligung an der gewaltsamen Befreiung von Baader freigesprochen. Mahler bleibt aber wegen weiterer Delikte in Haft. Oktober: Beginn einer weiteren Hauptverhandlung gegen Mahler wegen "gemeinschaftlichen schweren Raubes in Tateinheit mit Gründung einer kriminellen Vereinigung und Beteiligung an derselben".

1973 Februar: Der erste Senat des Berliner Kammergerichtes verurteilt Mahler wegen Teilnahme an schweren Raubüberfällen sowie der Gründung einer kriminellen Vereinigung, der RAF, zu zwölf Jahren Freiheitsentzug. Das Urteil ist umstritten und wird selbst von Juristen als

"nicht haltbar" bezeichnet, da Mahlers Mittäterschaft an drei Banküberfällen der RAF im September 1970 nicht eindeutig bewiesen werden kann.

1974 Juli: Mahler wird aus der Anwaltschaft ausgeschlossen. November: Verurteilung wegen der gewaltsamen Entführung von Baader und unter Einbeziehung der früheren Strafe zu insgesamt 14 Jahren Haft.

1978 Neuer Verteidiger von Mahler wird der Vorsitzende der Jungsozialisten und späterer Bundeskanzler Gerhard Schröder. November: Mahler erhält erstmals Hafturlaub.

1979 Juli: Mahler wird in den offenen Strafvollzug überführt.

1980 August: Vorzeitige Entlassung aus dem Gefängnis nach zehn Jahren Haft. Die restliche Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt.

1987 Der Antrag auf Wiedenzulassung als Anwalt wird vom Berliner Justizsenator und dem Berliner Ehrengerichtshof vorerst abgewiesen.

1988 Der Anwaltssenat des Bundesgerichtshofes, der sich von einer "echten Wandlung" Mahlers überzeugt hat, spricht ihm die Anwaltszulassung wieder zu. April: Wiedereröffnung seiner eigenen Kanzlei in West-Berlin, mit Schwerpunkt auf Wirtschaftsdelikten.

1997 Mahler nimmt in einem Interview mit der Wochenzeitung "Die Zeit" zu seiner Vergangenheit Stellung. Dabei betont er, dass die Erlebnisse 1970 in Jordanien Ausgangspunkt für seine allmähliche Ablösung von der RAF gewesen seien. Er berichtet, dass die RAF-Mitglieder im Palästinenserlager die Liquidierung eines Mitstreiters geplant hatten, da dieser als labil galt.

2001 Der "Tagesspiegel" meldet am 19. September, dass die Berliner Anwaltskammer prüfe, ob Mahler die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft entzogen werden könne. Kurz darauf teilt die Anwaltskammer mit, dass nach standesrechtlichen Bestimmungen, wie sie in der Bundesrechtsanwaltsordnung definiert sind, der Entzug der Zulassung nur im Falle der Verhängung einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr möglich sei.

2005 Das Berliner Landgericht verurteilt den Rechtsextremisten Horst Mahler am 12. Januar wegen Volksverhetzung zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe. Mahler hatte Journalisten eine Schrift zugänglich gemacht, in der er den Hass auf Juden als "untrügliches Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems" bezeichnete. Im Prozess hatte der ehemalige RAF-Terrorist 35 Verhandlungstage lang antisemitische Parolen vorgelesen. Von der Presse wurde das ignoriert, nicht jedoch von der Staatsanwaltschaft. Gegen Mahler laufen jetzt neue Verfahren wegen Volksverhetzung, zudem hatte er den Schöffen und dem Staatsanwalt gedroht, nach dem Ende der Bundesrepublik – "spätestens im Jahr 2006" – müssten sie "sich verantworten".